

2025/II/Innen/2 Jusos Hamburg Wir lassen uns nicht spalten!

Beschluss:

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Bearbeitung und anschließenden Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen: Wir lehnen Symbolpolitik ab. Zur Prävention von Anschlägen und Angriffen durch psychisch labile und meistens online radikalisierte Attentäter*innen müssen wir uns um das Folgende bemühen: 1. Psychosoziale Beratungsangebote sowie die psychologische und psychotherapeutische Versorgung müssen bedarfsgerecht (stärker) finanziert werden. 2. Geflüchtete müssen unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status Zugang psychosozialen Angeboten haben. Geflüchtete, insbesondere aus Kriegsgebieten, müssen aktiv auf die Beratungs- und Hilfeangebote hingewiesen werden. Ein niedrigschwelliger Zugang ist ab dem Zeitpunkt der Zuweisung an ein Bundesland sicherzustellen. 3. Zivilgesellschaftliche Akteure, die Menschen in verschiedenen, schwierigen Lebenslagen unterstützen und/oder zur Stärkung von Gemeinschaften beitragen, sind zu stärken und bedarfsgerecht zu finanzieren. Dasselbe gilt für Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit und Straßensozialarbeit sowie für inklusive Bildungs- und Kulturprojekte. 4. De-Radikalisierungs- und Präventionsprogramme gegen Islamismus und Rechtsextremismus müssen stärker gefördert werden und langfristige Finanzierungszusagen erhalten. Aufklärungskampagnen zur Medienkompetenz sind einzuführen, um Menschen gegen extremistische Inhalte zu wappnen. Die schulische Medienkompetenzvermittlung ist entsprechend anzupassen. 5. Leistungskürzungen für Asylbewerber*innen und andere Maßnahmen, die soziale Ausgrenzung verstärken, lehnen wir ab. Inklusive Maßnahmen, die die Integration fördern und Parallelgesellschaften verhindern, sind auszubauen. 6. Ein generelles Verbot von „Angriffsmessern“ wie Springmesser begrüßen wir. Haushaltsübliche Messer sind allerdings ausschließlich an „gefährlichen Orten“ zu verbieten. Anwohnende sind auszunehmen. Auch an der städtischen Lebensrealität vorbeigehende Verbote der Mitnahme haushaltsüblicher Messer im öffentlichen Nahverkehr lehnen wir ab. 7. Der Schusswaffenbesitz ist stärker zu regulieren. Zur besseren Durchsetzung der bestehenden Regulierung soll eine zentrale Waffenbehörde geschaffen werden. 8. Die Überwachung und Zerschlagung rechtsextremer und islamistischer Netzwerke durch den Verfassungsschutz und Sicherheitsbehörden muss intensiviert werden. Es sind schärfere Sanktionen gegen Akteure und Plattformen zu verhängen, die aktiv Hass und Hetze verbreiten. 9. Vertreter*innen der sozialdemokratischen Partei sind zur sprachlichen Mäßigung und zum verantwortungsvollen Umgang mit ihrer Rolle gegenüber allen Menschen angehalten.

Überweisen an

Bundesparteitag